Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 30.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grossenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Leipzig 21308. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 256. **Dienstag, 2. November 1920, abends.** **73. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 40% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Gewährt Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Verordnung

zur Abänderung der Verordnung zur Ausführung des Betriebsrätegesetzes vom 18. März 1920 (Sächsische Staatszeitung vom 19. März 1920 Nr. 64).

Vom 30. Oktober 1920.

§ 8 der Verordnung zur Ausführung des Betriebsrätegesetzes vom 18. März 1920 wird im Einvernehmen mit dem Finanzministerium wie folgt abgeändert:

1. Im § 8 Absatz 1 Satz 1 treten an Stelle der beiden letzten Worte „das Bergamt" die Worte „der zuständige Berginspektor".
2. Im § 8 Absatz 1 Satz 3 treten an Stelle der Worte „für das Bergamt das Finanzministerium" die Worte „für den Berginspektor das Bergamt".
3. Im § 8 Absatz 2 Zeile 1 tritt an Stelle des Wortes „Landwirtschaftsrat" das Wort „Landeswirtschaftsrat".
4. Im § 8 Absatz 2 Zeile 2 werden hinter den Worten „an seine Stelle" die Worte „soweit es sich nicht um Betriebe handelt, die der berg- oder betriebspolizeilichen Aufsicht des Bergamts unterstehen," eingefügt.
5. Dem § 8 Absatz 2 wird folgender Satz 2 hinzugefügt:

„Bei Betrieben, die der berg- oder betriebspolizeilichen Aufsicht des Bergamts unterstehen, tritt an die Stelle des Landeswirtschaftsrats im Falle von Streitigkeiten bei Unternehmungen oder Verwaltungen, die sich über den Bezirk einer Berginspektion, aber nicht des Freistaates Sachsen hinaus erstrecken, oder die hinsichtlich der dienstlichen Verhältnisse ihrer Arbeitnehmer der Landesaufsicht unterstehen, das Finanzministerium, soweit es nicht das Bergamt damit beauftragt, oder wenn das Finanzministerium selbst am Streit beteiligt ist, das Arbeitsministerium.

Dresden, am 30. Oktober 1920. 1212 a F
Arbeitsministerium. 6734
Heldt.

Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche bei dem Gutsbesitzer Oswin Beurig in Oelsitz. Die gegen dieses Gehöft erlassenen Sperrmaßnahmen werden aufgehoben.

Großenhain, am 1. November 1920.
2454 dEl. Die Amtshauptmannschaft.

Dienstbezeichnung für Gemeinde-Sicherheitspolizei.

Nach der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 11. Oktober 1920 steht den Polizeibeamten **Liebing, Ruff** und **Mann** die Führung der Dienstbezeichnung **„Polizei-Wachtmeister"** zu, während die Polizeibeamten **Ludig, Herrmann** und **Thiele**, da sie noch nicht zwei Jahre im Sicherheits-Polizeidienste stehen, die Dienstbezeichnung **„Schutzmann"** zu führen haben.

Zugleich geben wir hiermit bekannt, daß der Polizei-Wachtmeister **Herr Karl Liebing** zum **Polizei-Oberwachtmeister** befördert und heute als solcher in Pflicht genommen worden ist.

Gröba (Elbe), am 1. November 1920. **Der Gemeindevorstand.**

Reichstagung der nationalen Gewerkschaften.

Im Tiergartenhof in Charlottenburg wurde Sonntag die erste Reichstagung des Nationalverbandes Deutscher Gewerkschaften eröffnet. Als Gäste waren Reichsinnenminister Heinze, Geheimrat Rießer, Geheimrat Pahl, Graf Hoensbroech, sowie zahlreiche Reichs- und Landtagsabgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei erschienen. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneten F. Grieser, hielt der frühere Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles einen Vortrag über den Friedensvertrag. Er wies auf die von Deutschland bereits erstattete Wiedergutmachungsleistung von 70 Milliarden hin und teilte mit, daß Frankreich mehr als unser ganzes Volksvermögen vor dem Kriege betrug, nämlich 170 Milliarden fordert. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, die sich gegen den Friedensvertrag richtet. Als Grundsätze der nationalen Gewerkschaften wurden genannt: Eigenwirtschaft im Sinne der christlichen Sittenlehre, nationale Gesinnung, Unternehmung der Arbeiter und Angestellten am Besitz und Gewinn der Unternehmungen unter Festhalten an friedlicher Verständigung und parteipolitische und konfessionelle Neutralität.

Nachdem die Eröffnungsfeierlichkeiten und Begrüßungsansprachen beendet waren, trat die Versammlung in die sachlichen Beratungen ein, die zum formellen Zusammenschluß der bisher nur lose angegliederten Verbände führten, die nunmehr über 300 000 organisierte Mitglieder zählen. Unter anderem sprachen Vertreter folgender Verbände: der Nationalverband Deutscher Gewerkschaften, Deutscher Arbeiterbund, Deutscher Volksbund, Bund nationaler technischer Angestellten, nationaler Musikerbund, Deutscher Hotel- und Gastwirtsangestelltenverband, „Reichsland"-Arbeiterbund, die alle den einheitlichen Willen zur zielbewußten nationalen Arbeit zum Ausdruck brachten. In der Sozialisierungsfrage wurde eine Entschließung angenommen, in welcher es unter anderem heißt: Der Nationalverband Deutscher Gewerkschaften ist zur Ueberzeugung gelangt, daß die Vorschläge der Sozialisierungskommission von partei- und wirtschaftspolitisch einseitig gesinnten Männern und ohne Mitwirkung berufener Fachleute aufgestellt worden sind. Da auch nicht der geringste Beweis dafür zu erbringen ist, daß von einer Sozialisierung des Kohlenbergbaues eine Steigerung der Produktion und eine Herabsetzung der Kohlenpreise erreicht werden kann, vielmehr eher das Gegenteil zu befürchten ist, lehnen wir diese Sozialisierung ab, zumal wir in diesem Sozialisierungsversuch keine Förderung des allgemeinen Wohles, sondern nur die Durchführung eines gefährlichen sozialistischen Experimentes erblicken. Es würde dadurch nur die Bürokratisierung und Mißwirtschaft im Kohlenbergbau herbeigeführt werden, wodurch die wichtigsten Kraftquellen Deutschlands allmählich lahmgelegt und neuen inneren Unruhen Vorschub geleistet würde. Was wir fordern, ist eine ständige Entwicklung und Regelung der Eigenwirtschaft und erwarten von der Regierung, daß von allen Experimenten abgesehen wird, welche die langsam wieder gesundende Wirtschaft Deutschlands irgendwie zu stören geeignet sind. Ferner fordern wir die möglichst baldige Einführung der Kapital- und Gewinnbeteiligung für die Arbeitnehmer. Gleichzeitig wurde ein einstimmiger Protest gegen die Beschlagnahme der Dieselmotoren angenommen.

Die Grenzübertritte nach Litauen.

Aus Königsberg wird gemeldet: Die wiederholt angestellten Ermittelungen über den Uebergang Deutscher über die litauische Grenze sind Sonntag früh abgeschlossen worden und haben folgendes ergeben: Am 14. Oktober ging eine Bande von 120 Mann ehemaliger aufgelöster Polizeitruppen bei Groß-Bodehnen über die Grenze. Die Leute begaben sich angeblich zu Wegebauten über die Grenze. Ein Versuch, den Uebertritt zu verhindern, war vergeblich. Ferner trat am 13. Oktober eine Bande von 300 Mann bei Ognaggern über die grüne Grenze. Schließlich erfolgte am 16. Oktober ein Versuch von 60 Mann bei Eydtkuhnen über die Grenze zu kommen. Der Führer und mehrere Leute wurden festgenommen, der größte Teil zurückgeschickt. Ein kleiner Teil entkam. Außerdem sind Einzelübertritte über die grüne Grenze bis zum 16. Oktober von etwa 800 Mann nachträglich festgestellt worden. Seit Einsatz und Verstärkung des Grenzschutzes sind keinerlei Grenzübertritte mehr gemeldet worden. Einzelübertritte in ganz geringem Umfange sind möglich, da die Grenze stellenweise sehr unübersichtlich ist. Uebertritte sind aber nicht festgestellt worden. Versuchte Uebertritte wurden von Einzeltrupps zurückgewiesen. Alles in allem sind nicht mehr als 1000 Mann übergetreten. Alle anderen Zahlen sind unrichtig. Militärische Ausrüstung und Bewaffnung sind nicht festgestellt worden. Reguläre Verbände jeder Art, auch Orts- und Grenzwehren sind gänzlich unbeteiligt. Die litauische Regierung schickte am 29. Oktober 12 Uebergetretene nach Eydtkuhnen zurück. Am 30. Oktober wurden 8 Mann beim Versuche, über die Grenze zu treten, festgenommen, darunter 2, die zu den Bolschewisten wollten.

Ein offener Brief an Poincaré.

In einem offenen Briefe an Poincaré, der nach Ansicht der Engländer den mächtigsten und persönlichen Einfluß in der französischen Politik habe, schreibt **Gardiner** in der „Daily News": Die Politik von Paris hat über die Politik von Washington triumphiert. Der Hauptzweck ihrer Politik ist einfach, nämlich die politische und wirtschaftliche Zerstörung Deutschlands. Auf der einen Seite wird Deutschland unter der Androhung einer schrankenlosen Entschädigung gehalten, auf der anderen Seite wird es mit der Beraubung der Quellen wirtschaftlicher Kraft bedroht, die es ihm ermöglichen würden, die vernünftige Wiedergutmachung zu leisten, die die Gerechtigkeit fordert. Von seinen drei Kohlengebieten ist ihm eins an der Saar genommen worden. In Oberschlesien arbeiten die Militäragenten unaufhörlich, um zu erreichen, daß das Land an Polen fällt. Im Ruhrgebiet ist ihre offen zugegebene Politik die, das Land mit ihrem Heere zu besetzen und es als Werkzeug für die politische Zerstückelung Deutschlands zu gebrauchen. Die deutsche Bevölkerung des alten Oesterreich wird in Bruchstücke zerteilt und zur Verarmung und Unterdrückung verurteilt. Das europäische Festland wird mit den Schwärmen ihrer Militärmissionen übersät. Die französische Politik hat Polen zu einem wahnsinnigen Imperialismus ermutigt. Sie unterstützte Wrangel und machte den Frieden mit Rußland unmöglich. Die großen Waffenfabriken von Skoda stehen unter französischer Kontrolle. Ungarn ist ein Vorposten ihres Militärsystems. Man beläßt ihm ein Heer von 350 000 Mann, während das österreichische Heer auf 30 000 Mann herabgesetzt worden ist und die Streitkräfte des gesamten deutschen Reiches auf 100 000 Mann herabgesetzt werden sollen. Der Vertrag mit Belgien macht dieses Land zu etwas, was sich von einem französischen Protektorat nur wenig unterscheidet. Das offen zugegebene Ziel ist die Oeffnung der Scheldе. Gardiner fährt fort: Diese Politik führt zum unvermeidlichen Bruche mit Großbritannien und Italien und zur dauernden aktiven Freundschaft der Germanen und Slawen. Die Geschäfte Europas können nicht weiter ausgeführt werden, indem einer dem andern den Hals abschneidet. Sie können nur fortgesetzt werden, wie alle anderen Geschäfte durch gegenseitige Unterstützung in einem freundschaftlichen Geiste.

•

Poincaré zeigt als Chronist in der „Revue du Monde" eine gewisse Nervosität angesichts der Ausfälle Nittis gegen den Versailler Vertrag und des etappenweisen Rückzuges der englischen Politik aus dem Kontinent. Er beschwört die Verbündeten, die Frucht des Sieges nicht fahren zu lassen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die deutsch-irische Gesellschaft in Berlin veranstaltete Sonntag für den verstorbenen Bürgermeister von Cork eine Kundgebung, bei der zahlreiche Redner, darunter Iren und ein Amerikaner Ansprachen hielten.

Streik der städtischen Angestellten und Arbeiter in Halle. Die Angestellten des Magistrats und die städtischen Arbeiter in Halle hielten am Sonntag vormittag eine Versammlung ab, in der zum Verhalten des Magistrats in der Frage der Lohnforderungen der beiden Körperschaften Stellung genommen wurde. Das Ergebnis war, daß sich 90% für einen Streik erklärten. Die Hilfsangestellten des Magistrats sind demzufolge gestern in den Ausstand getreten. Die Brotmarkenausgabestellen sind zum Teil geschlossen. Zwischen dem Magistrat und den Vertretern der städtischen Arbeiter schweben noch Verhandlungen. Es verlautet, daß diese ebenfalls in diesen Tagen die Arbeit niederlegen würden. Der Streik der Maurer und Bauarbeiter, der am Freitag begonnen hatte, dauert noch an.

Tagung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei. Unter starker Beteiligung aus allen Teilen des Reiches trat am Sonntag in Berlin der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei zusammen, um neben wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik auch Organisationsfragen zu behandeln. Es wurde, wie die „Germania" mitteilt, auch die Angelegenheit Erzberger erörtert. Die Verhandlungen führten hier zu einem allseits befriedigenden Ergebnis. Erzberger gab aus freiem Entschluß die Erklärung ab, daß er sich bis auf weiteres an den Reichstags- und Fraktionsverhandlungen nicht beteiligen will.

Versagte Bestätigung. Der zum Stadtschulrat gewählte Dr. Löwenstein und der ehemalige Polizeipräsident Eichhorn haben die Bestätigung als Mitglieder des neuen Magistrats von Groß-Berlin nicht erhalten.

Die Tarifverhandlungen der Buchdrucker sind unterbrochen worden. Die Vertreter der Buchdruckergehilfen erklärten, daß sie das Reichsarbeitsministerium zu einem Schiedsspruch über die Festsetzung einer Erhöhung der Teuerungszulagen anrufen würden, nachdem von den Arbeitgebern abgelehnt worden war, dem Gehilfenantrage, das Tarifamt mit der Anrufung des Arbeitsamtes zu beauftragen, zu entsprechen.

Schließung der Berliner Borsigwerke. In den Berliner Borsigwerken sind seit etwa 14 Tagen die Facharbeiter, etwa 300 Mann, im Ausstand, weil die Direktion ihre neuen Lohnforderungen nicht bewilligen zu können erklärte. Infolgedessen ist die Führung des ganzen Betriebes mit 5000 Arbeitern derart beeinträchtigt, daß der Betrieb gestern abend geschlossen wurde.

In der Frage der provinziellen Autonomie beschloß die rheinische Zentrumspartei einstimmig, daß nach ihrer Meinung eine Neugliederung nur dann zu einem gedeihlichen Ende geführt werden könne, wenn sie durch eine kräftige und entschlossene Initiative der Reichsregierung in die Wege geleitet würde.

Eine neue unabhängige Internationale. Der „Daily Herald" teilt mit, daß der Nationalrat der unabhängigen Arbeiterpartei in England die Initiative ergriffen hat, um alle sozialistischen Parteien, welche weder der Moskauer noch der Genfer Internationale angeschlossen seien, zu einer unabhängigen Internationale zu vereinigen.

Hauptverfahren gegen die Breslauer Demonstranten. Gegen 21 am Sturm auf das französische Konsulat in Breslau beteiligte Personen ist nunmehr das Hauptverfahren eröffnet worden.

Note Fochs über die Entwaffnung Deutschlands. Die Botschafterkonferenz in Paris hat in ihrer gestrigen Sitzung eine Note des Marschalls Foch und seines Mitarbeiters des Generals Weygand über die mit der Durchführung der Entwaffnung in Deutschland zusammenhängenden Fragen entgegengenommen.

Regelmäßiger Warenverkehr mit der Entente. Von heute ab wird der regelmäßige Warenverkehr zwischen Deutschland einerseits und Frankreich, Belgien und England andererseits wieder aufgenommen.

Die Verhaftungen in München. Zu der bereits gemeldeten Verhaftung des in der Mordanschlagaffäre viel genannten Reichswehrsoldaten Dobner in München erfährt das B. T. noch, daß der gleichfalls verhaftete Belgier Bracheur gar kein Belgier ist, sondern ein Münchener aus dem Vorort Maidhausen, namens Bracher, der bisher wegen großer Schokoladenschiebereien seit einiger Zeit gesucht wurde.

Ablehnung des Schleswig-Vertrages. Nach dänischen Blättermeldungen besteht Aussicht, daß der dreiseitige Schleswig-Vertrag zwischen Deutschland, Dänemark und der Entente, der u. a. auch Optionsbestimmungen enthält, vollständig aufgegeben werden wird. Deutschland weigert sich hartnäckig, denselben zu unterzeichnen und man nimmt nicht an, daß die Alliierten bezüglich dieses Vertrages auf Deutschland einen Druck ausüben werden.

Die Beamtenbesoldung. Die Verhandlungen des Besoldungsausschusses sind jetzt soweit gediehen, daß über die Frage der Post- und Eisenbahnsekretäre beraten werden kann. In der letzten Sitzung gab Reichsfinanzminister Dr. Wirth eine Erklärung ab, nach der die Ansprüche der Assistenten auf dem Wege des Etats erledigt werden sollen. In den Verhandlungen ist jetzt eine kleine Unterbrechung eingetreten, doch wird der Besoldungsausschuß bereits in den nächsten Tagen wieder seine Verhandlungen aufnehmen.

Gutachten des preußischen Justizministers über die Orgesch. Justizminister am Zehnhoff hat auf Anordern des preußischen Staatsministeriums ein Gutachten über die Organisation Escherich erstattet, das jetzt veröffentlicht wird. Es ist an den Ministerpräsidenten gerichtet und betont, daß auf Grund der Satzungen die Organisation nicht als im Widerspruch mit der Vorschrift des Strafgesetzbuches (Geheimbund) stehend angesehen werden kann, da von einer Bewaffnung der Mitglieder der Organisation in den Satzungen nicht die Rede ist. Aber auch das tatsächliche Verhalten der Vereinsmitglieder ergibt, so heißt es weiter, einen Widerspruch gegen diese Vorschrift nicht. Es